

Frage 1

Welche Bedeutung messen Sie vor allem aus finanzieller Sicht der Thematik zu und wie werden Sie im Rahmen der Haushaltsplanung diese für den Thüringer Tourismus sichern? Wie werden Sie zukünftig diese Branchenförderungen weiterführen oder ausbauen?

Antwort

Die Stärkung des Thüringentourismus ist für die AfD ein wichtiges Anliegen, dem auch mit dem einschlägigen Positionspapier der AfD-Landtagsfraktion („Tourismus im Herzen Deutschlands“) Rechnung getragen wird und das Ihnen bekannt sein dürfte. Dort beschreiben wir die Idee der langfristigen Finanzierung von Investitionen in die touristische Infrastruktur über ein sog. Dreisäulenmodell, also durch Kunden, Dienstleister und Freistaat.

Mit Blick auf eine effektivere Förderung der Gastronomie und des Tourismus befürworten wir einerseits allgemein die Straffung und Vereinfachung der Förderlandschaft des Freistaats und andererseits eine deutliche Aufstockung des Gastro-Invest-Förderprogramms. Entsprechend wurde in den letzten Haushaltsverhandlungen seitens der AfD die Erhöhung des Etats für das Gastro-Invest-Programm von einer auf fünf Millionen Euro beantragt. Der Vorstoß fand im Landtag keine Mehrheit. Wir werden uns weiterhin sowohl im Rahmen der kommenden Haushaltsverhandlungen als auch im Rahmen allgemeiner politischer Arbeit für die Stärkung eines heimatnahen Tourismus in Thüringen einsetzen.

Frage 2

Konkret möchten wir wissen, was werden Sie tun, um das Gastgewerbe im Freistaat Thüringen zu unterstützen und das Kneipensterben aufzuhalten?

Antwort

Der Gastronom als Unternehmer braucht wieder Luft zum Atmen. Unser Ansatz besteht darin, Belastungen abzubauen und Investitionen zu fördern. Die AfD setzt sich für die dauerhafte Senkung der MwSt auf Speisen und Getränke in der Gastronomie auf sieben Prozent und für die dauerhafte Senkung der MwSt auf Gas und Fernwärme sowie alle anderen Energie-, Brenn-, Heiz- und Kraftstoffe auf ebenfalls sieben Prozent ein. Die AfD will außerdem die CO₂-Bepreisung abschaffen sowie die Stromsteuer und die Energiesteuer aussetzen.

Gleichzeitig setzt die AfD auf allen Ebenen auf den Abbau der Überregulierung. Als Beispiel für überbordende Bürokratie auf EU-Ebene ist die EU-Verordnung über Lebensmittelhygiene zu nennen. Auf nationaler Ebene sind beispielsweise

Flexibilisierungen im Arbeitsrecht denkbar. In Thüringen werden wir jede Landesnorm einer systematischen Prüfung auf Kosten-Nutzen-Verhältnis unterziehen und alle Regelungen abschaffen, die sich als ineffektiv oder kontraproduktiv erweisen.

Weiterhin wollen wir die Unterstützung des Landes bei der Ausbildung von Fachkräften verbessern. Hier setzen wir im touristischen Zusammenhang auch auf das Angebot von Professionalitätsschulungen durch die landeseigene Thüringer Tourismus GmbH. Für einen fachlichen Austausch mit der DEHOGA stehen wir auch diesbezüglich jederzeit zur Verfügung.

Frage 3

Werden Sie unsere Branche diesbezüglich weiter unterstützen und einen neuen Antrag im Bundesrat zur dauerhaften Senkung der Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie stellen?

Antwort

Ja.

Frage 4

Können Sie sich vorstellen, die Branchenforderung nach einer wöchentlichen Höchst Arbeitszeit von 48 Stunden, so wie von der EU normiert, statt einer täglichen Höchst Arbeitszeit von 10 Stunden, beispielsweise durch eine Bundesratsinitiative, zu unterstützen?

Antwort

Ja, durchaus. Das deutsche Arbeitsrecht bietet Arbeitnehmern wie Arbeitgebern zu wenig Flexibilität. Auch hier sehen wir Ansatzpunkte, um mehr Freiräume für kreatives Unternehmertum zu schaffen.

Frage 5

Werden Sie sich dafür einsetzen eine Begrenzung der Tourismusabgaben auf einen Tourismus- und Kurbeitrag im Kommunalabgabengesetz zu normieren und weitere Abgaben, wie Bettensteuern u. ä. ausschließen?

Antwort

Dies ist derzeit keine Forderung der AfD in Thüringen. Prinzipiell steht die AfD für eine deutliche Begrenzung von Abgaben und Steuern auf allen Ebenen. Zugleich dürfen entsprechende Reduzierungen den Gestaltungsspielraum gerade der Kommunen nicht weiter verengen. In der Erhebung kommunaler Tourismusabgaben wollen wir vor diesem Hintergrund den Kommunen von der Landesebene aus nicht hineinregieren. Im Rahmen unseres Dreisäulenmodells der Tourismusfinanzierung sind die dort von Kunden, Dienstleistern und Freistaat getragenen Abgaben für den Tourismus zweckgebunden.

Ähnliches gilt für die Erhebung des Tourismus zur kommunalen Pflichtaufgabe. Auch hier besteht die Gefahr, dass die Kommune letztendlich zum verlängerten Arm der landespolitischen Exekutive degradiert wird und kaum noch eigene Gestaltungsmöglichkeiten hat. Wir haben dazu aber noch keine abschließende Position entwickelt. Zunächst gilt es, die kommunalen Finanzen auf sichere Füße zu stellen, bevor weitere Pflichtaufgaben übertragen werden.

Frage 6

Wie stehen sie zur Änderung der Regelung bezüglich der stillen Tage?

Antwort

Die AfD strebt derzeit keine Änderung der Regelung bezüglich der stillen Tage an. Wir halten es für angebracht, dass bestimmte nationale Trauer- oder Gedenktage angemessen gewürdigt werden. Statt der Abschaffung der stillen Tage treten wir für eine Wiederbelebung der nationalen Trauer- und Gedenktagkultur ein, wollen deren Wahrnehmung im öffentlichen Bewusstsein stärken und fordern deren angemessene Begehung auch im Rahmen offizieller Veranstaltungen.

Frage 7

Wie stehen Sie zur Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft und zum vordargestellten Sachverhalt?

Antwort

In den Verhandlungen zum Landeshaushalt 2022 setzte die CDU eine sog. globale Minderausgabe durch. Die entsprechenden Kürzungen betrafen auch den Bildungsetat, weshalb zu den Leidtragenden dieser Politik auch die freien Schulen zählten, da das Bildungsministerium die Anrechnung der sogenannten „Overhead-Kosten“ und der anrechenbaren Verbrauchs- bzw. Sachkosten von einem Tag auf den anderen neu bewertete und in der Folge den freien Schulen Mittel fehlten. Dies führte auch zu dem von Ihnen beschriebenen Vertrauensverlust.

Die AfD Thüringen sieht in den Schulen in freier Trägerschaft eine sehr wichtige Stütze des Thüringer Bildungssystems. Nach unserer Überzeugung müssen sich die Träger auf die Zusagen des Landes verlassen können und benötigen auch eine auskömmliche finanzielle Ausstattung. Insbesondere ist es für die AfD Thüringen selbstverständlich, dass auch branchenspezifische Sonderkosten wie im Falle des DEHOGA-Kompetenzzentrums (Material, Lebensmittel usw.) bei der finanziellen Ausstattung mitberücksichtigt werden müssen.

Das DEHOGA Kompetenzzentrum in Erfurt leistet einen unschätzbaren Beitrag zur Ausbildung von Fachkräften im Bereich der Gastronomie und Hotellerie. Die AfD Thüringen will, dass das Kompetenzzentrum erhalten bleibt. Wir setzen uns dafür ein, dass für dessen wichtige Aufgabe auch ausreichende finanzielle Unterstützung von Seiten des Landes bereitgestellt wird.

Frage 8

Werden Sie die Zusatzqualifikation von Lehrkräften und Ausbildern auch bei freien Trägern zukünftig forcieren?

Antwort

Für eine solide fachliche Ausbildung werden Ausbilder benötigt, die über die nötige fachliche Expertise verfügen und Praxiserfahrung mitbringen. Derzeit bieten die Thüringer Hochschulen keine adäquaten Angebote für eine entsprechende Weiterqualifizierung an bzw. es kollidieren die Qualifizierungsmaßnahmen oftmals zeitlich mit der Tätigkeit als Fachlehrer oder Ausbilder im fachpraktischen Unterricht. Dadurch ist eine berufsbegleitende Weiterqualifizierung kaum möglich und die Fachlehrer bzw. Ausbilder

müssten ihre Lehrtätigkeit für den Zeitraum der Nachqualifizierung aussetzen, was aber schon aus finanzieller Sicht unattraktiv ist.

Die AfD Thüringen setzt sich dafür ein, dass Handwerks- und Industriemeister sowie als Ausbilder qualifizierte Lehrkräfte durch ein passendes berufsbegleitendes Aufbaustudium nicht nur für den fachpraktischen, sondern auch für den fachtheoretischen Unterricht an Berufsschulen eingesetzt werden können. Die bestehenden Hochschulen sind dafür momentan oftmals zu unflexibel. Um den gravierenden Lehrermangel in allen Bildungsbereichen (nicht nur im Berufsschulbereich) und die nötigen Qualifizierungsangebote zu schaffen, schlagen wir die Gründung einer Pädagogischen Hochschule vor, die auch als Dreh- und Angelpunkt für die Fort- und Weiterbildung von Thüringer Lehrern dienen soll. Es sollen Angebote geschaffen werden, die von den Lehrern auch angenommen werden können, zum Beispiel verstärkt in Ferienzeiten und in den einzelnen Landkreisen, um die Fahrtwege für die Lehrer zu minimieren oder auch Möglichkeiten, eine entsprechende Weiterqualifizierung berufsbegleitend absolvieren zu können.